



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

An den Grossen Rat

07.5167.02

PD/P075167

Basel, 11. November 2009

Regierungsratsbeschluss
vom 10. November 2009

Anzug Mustafa Atici und Konsorten betreffend Integration und Förderung selbständiger Tätigkeiten

Der Grosse Rat hat an seiner Sitzung vom 19. September 2007 den nachstehenden Anzug Mustafa Atici und Konsorten dem Regierungsrat zum Bericht überwiesen:

„Immer mehr Migrant/innen wählen den Weg selbständiger Tätigkeit, was viel Eigenverantwortung und Initiative verlangt. Integrationspolitisch ist dies grundsätzlich sehr zu begrüßen. Der erfolgreiche Einstieg in die selbständige Tätigkeit ist ein erster Schritt für den Aufbau einer eigenständigen Existenz. Nicht selten wird dieser Weg beschritten, um nicht finanzielle Unterstützung infolge Arbeitslosigkeit beanspruchen zu müssen. Ist diese Strategie erfolgreich, resultiert daraus auch eine Entlastung der Sozialwerke und des kantonalen Sozialwesens. Unternehmen von Migrant/innen schaffen aber nicht nur neue Arbeitsplätze, sondern sie nehmen als Orte der Begegnung und des Informationsaustauschs auch wichtige soziale Funktionen wahr.

Für den Kanton kann es daher sinnvoll und letztlich auch finanziell interessant sein, selbständige Migrant/innen in die integrationspolitischen Massnahmen zu integrieren, da bei gescheitertem Einstieg in die Selbständigkeit neben den grossen menschlichen Problemen auch hohe finanzielle Kosten für die Allgemeinheit entstehen können. Im Sinne einer Prävention wären somit Massnahmen zu entwickeln, die das Risiko des beruflichen Scheiterns verringern.

Für alle KMU-Verantwortlichen, insbesondere Einzelfirmen und kleine Unternehmen unter 10 Mitarbeiter/innen sowie besonders auch für Migrant/innen, ist es schwierig, die relevanten rechtlichen Bestimmungen (z.B. Lebensmittelrecht, Arbeitsrecht, Arbeitssicherheit...) zu kennen und umzusetzen. Für die langfristige Etablierung der selbständigen Tätigkeit sind diese Faktoren sowie die damit verbundenen Risiken und Verantwortlichkeiten oft ebenso entscheidend wie der Geschäftserfolg im engeren Sinn.

Deshalb können wir uns vorstellen, dass die Etablierung branchenspezifischer Erfahrungsgruppen mit fachlicher Begleitung (Coaching) sowohl für junge und neue, wie auch für bereits erfahrene Selbständigerwerbende von grossem Nutzen sein wird. Branchenspezifisch deshalb, damit jeweils gezielt die konkreten Bedürfnisse und Problemstellungen bearbeitet werden können. Dies ermöglicht es, konkrete Informationsbedürfnisse und Vorgaben von Behördenstellen (Beispiel Lebensmittelbranche: Selbstkontroll-Pflicht, Hygienebestimmungen, System der Lebensmittelinspektionen usw.) zu integrieren. Dadurch kann für die Vollzugsorgane eine Entlastung entstehen, bzw. die Vollzugs- und Rechtssicherheit gesteigert werden.

Der Aufbau und die Gestaltung dieser Begleitprogramme sollen in erster Linie durch die Betroffenen selber und in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Branchenorganisationen erfolgen. Wir beantragen jedoch, dass diese Angebote gezielt in die bestehenden Integrationsmassnahmen eingebaut werden und allfällig Betroffene in diesem Rahmen darauf systematisch hingewiesen werden.

Bei Bedarf kann das Angebot auch für weitere Neueinsteigerinnen in die Selbständigkeit über die Zielgruppe der Migrant/innen hinaus geöffnet werden, soweit deren Bedürfnisse nicht bereits durch ähnlich gelagerte Angebote abgedeckt sind.

Die Anzugstellenden bitten den Regierungsrat, zu prüfen und zu berichten, ob solche Begleitprogramme zur Förderung selbständiger Erwerbstätigkeit als fester Bestandteil in die bestehenden Integrationsmassnahmen eingebaut werden können.

Mustafa Atici, Beat Jans, Peter Howald, Ernst Mutschler, Helmut Hersberger, Tobit Schäfer, Christine Keller, Sibel Arslan, Marcel Rünzi, Helen Schai-Zigerlig, Sabine Suter, Urs Joerg, Gülsen Oeztürk, Anita Lachenmeier-Thüring, Conradin Cramer“

Wir berichten zu diesem Anzug wie folgt:

1. Zur Fragestellung

Wie die Anzug Stellenden richtig festhalten, wählen vermehrt Menschen den Weg in die berufliche Selbständigkeit vor allem in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten. Neben grossem persönlichem Engagement, Durchhaltewillen und Kompetenzen bedeutet dieser Entschluss für die Betreffenden neben Risiken vor allem Chancen. Die Möglichkeit, ein eigenes Geschäft aufzubauen und zu führen und somit selbständiger Unternehmer bzw. Unternehmerin zu werden, entspricht dem im Leitbild zur Integrationspolitik des Kantons Basel-Stadt erstmals verfassten Grundsatz der Potentialförderung. Fähigkeiten, Erfahrungen, Kompetenzen und Motivation der hier lebenden Bevölkerung sollen gefördert und zum Wohle der Gemeinschaft entwickelt und eingesetzt werden können. Oft verfügen Migrantinnen und Migranten über Diplome, die in der Schweiz nicht anerkannt sind, womit ein grosses Potential und Wissen brach liegen.

Mit der Einführung des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer per 1. Januar 2008 (AuG) und der entsprechenden Verordnung über deren Integration (VIntA) vom 18. Dezember 2007 obliegt dem Bund, den Kantonen und den Gemeinden eine Informationspflicht über die Lebens- und Arbeitsbedingungen in der Schweiz (Art. 53 Abs. 3, 56 AuG, Art. 10 VIntA). Einer möglichst umfassenden Informationspflicht kommt der Kanton Basel-Stadt mit dem 1999 durch «Integration Basel» erarbeiteten Begrüssungskonzept «WELCOME» nach, mit dem in den Kanton Zuziehenden mit Unterstützung einzelner Amtsstellen umfangreiche Informationen zuteil werden. Neben Allgemeinem erhalten die Eingeladenen Einblick in das schweizerische Sozialversicherungssystem, das Basler Steuer- bzw. Bewilligungssystem, um nur Einiges exemplarisch zu nennen. Bei diesen, in jeweils sechs Sprachen durchgeführten Veranstaltungen sind Fachpersonen anwesend, die individuelle Fragen kompetent beantworten. Mit der Inkraftsetzung des kantonalen Gesetzes über die Integration der Migrationsbevölkerung (Integrationsgesetz) per 1. Januar 2008 stehen Migrantinnen und Migranten explizit Fördermassnahmen z. B. im Bereich Spracherwerb, Aus- und Weiterbildung zur Integration zur Verfügung. Auch hier wird dem Thema Arbeit eine besondere Bedeutung zugemessen. Diese Angebote dienen der raschen Integration der Zugezogenen, sowie ihrer finanziellen Unabhängigkeit. Ökonomische und beruflich fördernde Rahmenbedingungen und Aus- bzw. Weiterbildungsangebote sind neben der individuellen Sprachkompetenz die wichtigsten Voraussetzungen zur persönlichen Integration und Zukunftsperspektive, sie wirken sich positiv auf die gesamten Lebensumstände und das individuelle Wohlbefinden der hier Lebenden aus und damit auch auf die gesellschaftliche Ausgewogenheit und das Zusammenleben. Auch im Hinblick auf das Erreichen von Gleichstel-

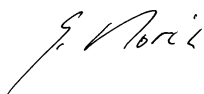
lung und Chancengerechtigkeit der Mitglieder unserer Gesellschaft sind sämtliche Massnahmen zu begrüssen, die der raschen Integration dienen. Neben Informationsanlässen, dem Einbezug der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sowie der Migrantenorganisationen, den zahlreichen Beratungsstellen und Angeboten geben Datenbanken umfassend Auskunft (vgl. www.welcome-to-basel.bs.ch; www.integration-bsbl.ch; www.sozialkompass.ch; um nur einige zu nennen).

Speziell möchten wir in diesem Zusammenhang auf das seit fünf Jahren existierende Projekt "Crescenda" hinweisen. Dieses ermöglicht Migrantinnen durch ein ausgezeichnetes Schulungsprogramm und eine nachhaltige Begleitung den Weg in die Selbständigkeit und somit in die finanzielle Unabhängigkeit, weshalb das Projekt 2007 den schweizerischen Integrationspreis erhalten hat. Bis dato haben 20 Absolventinnen ein Unternehmen gegründet, andere fanden auf dem Arbeitsmarkt eine qualifizierte Anstellung.

2. Antrag

Auf Grund dieses Berichtes beantragen wir Ihnen, den Anzug Atici und Konsorten betreffend Integration und Förderung selbständiger Tätigkeiten als erledigt abzuschreiben.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin